

Herr Präsident,  
Mitglieder in Regierung und Parlament,  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

### **Der Demografische Wandel -**

Ein Begriff den man in den letzten Jahren immer mehr hört,  
ein Begriff der eine Herausforderung darstellt.

Eine Herausforderung nicht nur für die soziale Sicherheit, nicht nur für unser Rentensystem, nicht nur für die Politik, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Und die DG, als Gemeinschaft, welche für die personenbezogenen Angelegenheiten Verantwortung trägt, wird sich vor allem mit den Konsequenzen und den Auswirkungen, dieser gesellschaftlichen Veränderung beschäftigen müssen.

Im Laufe meiner Rede möchte ich Ihnen anhand einiger Beispiele, verdeutlichen, dass diese gesellschaftliche Veränderung vor allem, auch eine Chance für uns alle darstellt, eine Chance auch für die DG.

Man kann auch hier die DG, nicht isoliert betrachten, nein man sollte versuchen sich ein Gesamtbild zu machen, über die Ursachen und über die Hintergründe.

Obwohl, der alte Menschheitstraum, ein immer höheres Alter zu erreichen, greifbar scheint, sind es immer wieder Ängste die dieses Thema begleiten.

Die Frage stellt sich, woher diese kommen, und wie man diese entkräften kann.

Ein kurzer Rückblick in die Geschichte.

Es ist sehr interessant wie man mit dem Thema demografischer Wandel in den letzten einhundert Jahren umgegangen ist.

Man kann sagen, dass der demografische Wandel seit Jahrzehnten zu den bedeutenden gesellschaftspolitischen Themen gehört.

Oft ist dieses Thema verbunden, mit einer gewissen Dramatik, und mit einer Form der Unsicherheit, denn man spürt dass das bestehende System der sozialen Sicherheit, diesen Herausforderungen nicht gewachsen ist.

Bereits vor mehr als einhundert Jahren, im Jahr 1911 erschien ein Aufsatz in Deutschland mit der Überschrift:

"Der Geburtenrückgang - Etwas über seine Ursachen und die gesetzgeberischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung" –

Eine sehr interessante Arbeit des Gynäkologen Max Hirsch, welcher damals bereits auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, dieser Veränderung hinwies.

Damals beschäftigten sich nicht nur Mediziner sondern auch Volkswirtschaftler mit dieser Thematik.

Der Volkswirtschaftler und Staatswissenschaftler Karl Oldenberg, veröffentlichte ebenfalls 1911 einen Aufsatz zum Thema:

"Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer" und bezeichnete darin den von ihm ausgemachten "Umschwung in den natürlichen Bevölkerungsvorgängen" als "das weltgeschichtlich bedeutsamste Ereignis der letzten Jahrzehnte".

Pionierarbeit leistete auch bereits 1909 der bekannte Sozialreformer und Nationalökonom

Lujo Brentano, (Ludwig Joseph), der - Oldenberg zufolge - "zum ersten Male das Thema " des Geburtenrückgangs "in seiner ganzen Breite aufgerollt" habe.

Wobei die Debatte, am Anfang des 20 Jahrhunderts, durch andere Interessen und Sorgen angeregt und bestimmt wurde als heute.

Interessant ist jedoch, dass Wissenschaftler damals bereits Gefahren und Herausforderungen erkannten für die soziale Sicherheit, ein System welches sich noch im Aufbau befand.

1957 – Etwas mehr als fünfzig Jahre später reagierte ein deutscher Bundeskanzler, auf die Bedenken einiger Wirtschaftsexperten zur damaligen deutschen Rentenpolitik, mit einem berühmten Satz: "Kinder kriegen die Leute immer.“ Wirtschaftsexperten warnten, was die Nachhaltigkeit des damals eingeführten umlagefinanzierten Rentensystems angeht.

Ein System welches die aktuellen Einnahmen der Rentenversicherungsträger dazu verwendet, die laufenden Rentenzahlungen zu bezahlen und in fast allen europäischen Ländern Anwendung findet.

Die Beiträge der heutigen Beitragszahler werden also nicht angespart, sondern sofort für die Finanzierung der laufenden Renten verwendet.

Dies funktioniert jedoch nur so lange gut, wie auch genügend Einzahler nachkommen.

Schon damals hatte man Bedenken.

Doch Adenauer wischte alle Kritiken mit einem seiner berühmten Aussprüche vom Tisch.

Heutzutage dürfte solch eine Äußerung nur noch für ein ungläubiges Kopfschütteln sorgen. Denn es war, wie so oft, eine etwas kurzfristig gedachte Aussage.

Bereits 10 Jahre später, Ende der sechziger Jahre, veränderte sich die Gesellschaft und die Struktur der Familien grundlegend.

Die Geburtenzahlen, sind in den letzten Jahrzehnten konstant rückläufig.

1950 hat noch jede Frau, in Belgien, durchschnittlich 2,34 Kinder zur Welt gebracht. 2030 werden es nur noch 1,7 Kinder sein. Die Deutschsprachige Gemeinschaft verzeichnet zwischen 1997 und 2007, einen Geburtenrückgang von 25%.

Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Alterungsdynamik und des hohen staatlichen Schuldenstands stellt in der Tat der demografische Wandel die öffentlichen Finanzen vor gravierende Herausforderungen, das bestehende System scheint mehr und mehr an seine Grenzen zu stoßen.

Aber es sind nicht nur die Finanzen welche Sorgen bereiten, sondern auch der Bedarf an Pflegekräften wird enorm ansteigen.

Ein paar Fakten -

Heute kommen in der DG, zwei Personen im Erwerbsalter auf ein Kind und einen Rentner.

Schon in 12 Jahren, im Jahre 2025, wird es in der DG genauso viele 20- bis 59-Jährige geben, wie Kinder und Rentner.

Bis zum Jahre 2060, werden in der DG 80 % mehr Personen über 65 Jahren leben als noch im Jahre 2010.

Wenn man sich die Statistiken hierzu genauer anschaut dann kann man sich im Grunde genommen freuen, denn wir können davon ausgehen, dass unsere Generation älter wird, als alle bisherigen.

Nie wurden Menschen in Europa, in Belgien und auch in der DG so alt wie heute.

Also eigentlich könnten wir ja alle in die Luft springen und uns auf einen langen Lebensabend freuen.

1946 sind Frauen im Durchschnitt 67 und Männer 62 Jahre alt geworden.

Für das Jahr 2030 wird für Frauen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 86,5 Jahren und für Männer von 81 Jahren erwartet.

So wird der Anteil der über 85 jährigen, zwischen 2000 und 2060 um das Fünffache in der DG ansteigen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Erwerbstätigen ab 2025 deutlich schrumpfen wird. Auch stellt die Jugendarbeitslosigkeit eine Unbekannte dar, da dies die Gefahr einer Abwanderung junger Menschen beinhaltet.

Eine weitere Unbekannte ist der stetig steigende Anteil von Demenz – Patienten im Alter.

Alzheimer, ist auf dem Wege in Europa zu einer Volkskrankheit zu werden, zumindest für die über 75 Jährigen.

Zahlreiche Wissenschaftler sind sich hier einig, da kommt eine Lawine auf uns zu.

Laut Untersuchungen der Welt Gesundheitsbehörde verdoppeln sich alle 20 Jahre die Anzahl der betroffenen Patienten, was einen enormen Anstieg der Pflegekosten zur Folge hat.

So leiden z.B. in Deutschland zurzeit etwa 1,2 Millionen Menschen – mit steigender Tendenz - an dieser Krankheit. Und das Risiko steigt mit dem Alter. So leidet im Alter zwischen 65 und 69 Jahren jeder Zwanzigste an einer Demenz, aber zwischen 80 und 90 ist schon fast jeder Dritte betroffen.

Und weil in unserer Gesellschaft der Anteil älterer Mitbürger zunehmen wird, erwartet man auch einen steilen Anstieg der Demenzkranken.

Die Ursachen dieser Erkrankung sind noch nicht geklärt, auffallend ist jedoch der starke Anstieg in den letzten Jahrzehnten.

Meine Damen und Herren, hinter diesen Zahlen und Statistiken stehen Menschen.

Und im Föderalen Belgien, trägt die DG, die Verantwortung für die personenbezogenen Angelegenheiten, und im Rahmen der Staatsreform wird noch einiges in diesem Bereich auf uns zukommen.

Aus dem Bericht des Ausschusses können interessante Ansätze entnommen werden in welchen Bereichen die DG, Akzente setzen kann:

Ob zu den Bereichen Alten und Pflegeheime –

Alternative Wohnformen, auch zum Thema Pflegepersonal.

In einigen Bereichen teilt die Vivant Fraktion die Meinung der anderen Fraktionen, es gibt hier interessante Herangehensweisen, wie man sich den Herausforderungen stellen kann.

In manchen haben wir konkrete Ansätze, wie man die Problematik von vorne rein entkräften kann.

Nehmen wir als Beispiel der im Bericht aufgegriffene Punkt: Zum Bereich der Pflege durch Angehörige.

Die Förderung der Pflege durch Angehörige ist ein wichtiges Thema.

Hier müssen Anreize und Möglichkeiten für die Angehörigen geschaffen werden, u.a. in Form von materiellen Entschädigungen und durch Hilfs- und Unterstützungsangebote, dieser Punkt wurde speziell im Bericht hervorgehoben.

Hierzu wird eine Vielzahl von Möglichkeiten aufgezählt, z.B. Zeitkredite, Laufbahnunterbrechung usw.

Maßnahmen welche jedoch zusätzliche bürokratische Hürden und Kosten mit sich ziehen würden.

In unseren Augen wäre ein Bedingungsloses Grundeinkommen, auch hier ein passender Ansatz.

Seit mehr als 15 Jahren versucht u.a. Vivant dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Kürzlich hat eine Europäische Bürgerinitiative für Aufmerksamkeit gesorgt, welche europaweit ein Bedingungsloses Grundeinkommen fordert.

Es wurde ein Antrag bei der EU Kommission eingereicht, welcher am 14-01-2013 akzeptiert wurde.

Der Antrag an die Kommission sieht die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erforschung des Bedingungslosen Grundeinkommens als Instrument zur Verbesserung ihrer jeweiligen Systeme der sozialen Sicherheit vor.

In fast allen europäischen Ländern gibt es heute Organisationen und auch politische Gruppen und Parteien welche diese Idee als Alternative aufnehmen.

Kein Mensch in unserer Gesellschaft sollte Existenzängste haben, und ein Bedingungsloses Grundeinkommen würde hier jeden, ohne bürokratische Hürden, eine gewisse Form von Sicherheit geben.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, nimmt also europaweit mehr und mehr Gestalt an, wir können auf die weitere Entwicklung gespannt sein.

Auch die Finanzierung, ist keine Utopie mehr, durch eine Umkehr des Finanzsystems, und eine Rückgabe der Geldhoheit an die Nationalen Staaten, wäre eine Finanzierung möglich.

Vielleicht ein schwieriger Weg, aber die derzeitigen Turbulenzen rund um den Euro bestätigen, dass es so wie bisher, mit dem Euro, nicht weitergehen wird.

Eine große Chance für eine grundlegende Veränderung.

Meine Damen und Herren, dass Grundeinkommen wäre ein Alternativ-Ansatz eine Überlegung welche man vertiefen sollte –

Und da die DG, als Gemeinschaft, welche für die personenbezogenen Angelegenheiten Verantwortung trägt, sich vor allem mit den Konsequenzen und den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels beschäftigen muss, sollten wir diese Ansätze und Überlegungen nicht kleinreden, oder uns nur auf unsere direkten Befugnisse konzentrieren –

Sondern wir sollten helfen, dass diese alternativen Überlegungen mehr und mehr Gehör finden.

Auch im Hinblick auf die Vorschläge der konventionelle Politik, welche nicht unbedingt Hoffnung auf Verbesserung versprechen.

Hierzu folgendes: Vor zwei Jahren, veröffentlichte der Deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine Expertise, zu den Herausforderungen des demografischen Wandels, welche von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde.

Das Fazit, überrascht eigentlich nicht und ist sehr nüchtern: Die derzeit fehlende langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte erfordere entschlossenes Handeln.

Man empfiehlt u.a. einen schrittweise Anstieg des Renteneinstiegsalters, eine drastische Reduzierung der Staatsverschuldung und besondere Anstrengungen in den Bereichen Gesundheitsprävention und lebenslanges Lernen.

Quelle: [http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise\\_2011-demografischer-wandel.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf)

Auch die Lösungsansätze auf EU Ebene, gehen in eine ähnliche Richtung. Vor einem Jahr hat die Europäische Kommission, ihr neues Weißbuch zum Thema Rente vorgestellt. Unter dem Titel „Eine Agenda für adäquate, sichere und nachhaltige Renten“ unterbreitet die Kommission darin Reformvorschläge für die EU-Mitgliedstaaten.

Zwischen den Zeilen, kann man erkennen welche Handschrift hinter diesen Empfehlungen steht.

Der Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge wird den Mitgliedsländern genau so nahe gelegt, wie ebenfalls die schrittweise Erhöhung des Renteneinstiegsalters. Wenn man bedenkt dass wir in einigen europäischen Ländern, eine Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 Prozent haben, fragt man sich schon, wie dies im Einklang mit einer Erhöhung des Renteneinstiegsalters steht.

Vor allem die im Bericht aufgegriffene Argumentation für eine Erhöhung, ist hier sehr wackelig.

Quelle: [http://www.hwwi.org/publikationen/publikationen-einzelansicht/europaeische-  
rentenpolitik-auf-dem-vormarsch-deutschland-spielt-ganz-vorne-mit///6480.html](http://www.hwwi.org/publikationen/publikationen-einzelansicht/europaeische-rentenpolitik-auf-dem-vormarsch-deutschland-spielt-ganz-vorne-mit///6480.html)

Auch hier: Da die DG, als Gemeinschaft, welche für die personenbezogenen Angelegenheiten Verantwortung trägt, sich vor allem mit den Konsequenzen und den Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels beschäftigen muss, sollten wir Alternativen Ansätzen mehr Raum geben, denn irgendwie spürt man eine Form der Hilflosigkeit bei den Empfehlungen der konventionellen Politik.

Länger arbeiten, obwohl die Arbeitslosigkeit sich europaweit auf Rekordniveau befindet. Zusätzlich Aufbau einer privaten Altersvorsorge, obwohl die Finanzkrise gezeigt hat und zeigt welche Gefahren von den Anlagemärkten ausgehen.

Obwohl die Dramatik der Zahlen deutlich ist scheint die konventionelle Politik zu resignieren.

Kollegen und Kolleginnen, die eben von mir genannten Zahlen mögen uns erschüttern. Und diese Erschütterung sollte uns wachrütteln, und nachdenklich stimmen. Und vor allem eins, sie sollten uns klar machen, dass es Zeit ist sich auf den Weg zu machen und umzudenken.

Denn es ist leicht zu erkennen, dass wir es mit einer gewaltigen Herausforderung zu tun haben. Eine Herausforderung die viele Teile der Gesellschaft beanspruchen wird, und welche mit den konventionellen Mitteln der Politik nicht zu lösen ist.

Ein anderer entscheidender Punkt – möchte ich hervorheben.

Es handelt sich hierbei um ein Grundproblem in unserer Gesellschaft, vielleicht ist ein Paradigma. Das generelle Bild vom alt werden, ist in unserer jetzigen Leistungsgesellschaft, leider negativ behaftet ist.

Sofort erscheinen Bilder von Alzheimer kranken Rentnern, von Pflegefällen, Ängste für eine fehlende oder nicht ausreichende Altersrente sorgen die Menschen.

Die Altersarmut steigt auch in Belgien und auch in der DG an.

Der Schlüssel wäre also gesund bleiben – und dies am besten in einem gewissen Wohlstand.

Dazu passt auch der Spruch von Peter Bamm:

„Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche:

alt zu werden und dabei jung zu bleiben.“

Ist dies ein Menschheitstraum, eine Utopie oder vielleicht gibt es ja solche Regionen. Erlauben Sie, dass ich kurz, der winterlichen Stimmung hier in Ostbelgien entfliehend von einem wärmeren Ort berichte.

Es war einmal eine traumhafte Insel im Pazifischen Ozean. In kleinen Holzhäusern, deren Dächer aus üppig grünen Hügeln herausragten, lebten heitere, zufriedene Menschen. Morgens begannen sie ihre Tage mit etwas Morgengymnastik am Strand – abends genossen sie die Strahlen der untergehenden Sonne, während sie gemütlich auf Bambussesseln inmitten ihrer Gärten saßen. Krankheiten waren auf dieser Insel so gut wie unbekannt. Mit 70 Jahren fühlten sich die Bewohner noch wie Kinder, mit 80 wie Jugendliche und selbst mit 100 Jahren fanden sie sich noch regelmäßig auf dem Dorfplatz ein, um gemeinsam zu tanzen, zu singen, zu lachen ...

Zu schön, um wahr zu sein?

Was wie ein Märchen klingen mag, ist die Beschreibung eines Phänomens, über das sich Wissenschaftler bereits seit einigen Jahrzehnten den Kopf zerbrechen – das Geheimnis der Insel Okinawa.

Auf dem Inselarchipel Okinawa liegt die durchschnittliche Lebenserwartung deutlich höher als überall sonst auf der Welt – nirgendwo sonst gibt es so viele Hundertjährige. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Nirgendwo sonst bleiben die Menschen bis an ihr Lebensende so beweglich, vital und voller Lebensfreude.

Und was sagt die Wissenschaft? Eine 25 Jahre andauernde Studie, die von der Universität von Okinawa unter Leitung von Professor Makoto Suzuki durchgeführt wurde, beweist eindeutig den hervorragenden Gesundheitszustand der Hundertjährigen.

Die Ergebnisse Studie zeigen unter anderem, dass

- die Senioren auf Okinawa länger leben und im Durchschnitt auch viel später unter »typischen« Alterserkrankungen leiden,
- Zivilisationskrankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen oder Krebs deutlich seltener auftreten,
- der Lebensstil und vor allem die Ernährung einen größeren Einfluss auf Gesundheitszustand und Lebensdauer haben als die Gene.

Viele der Senioren halten sich mit regelmäßiger Bewegung sowohl körperlich als auch geistig fit. Okinawaner sind begeisterte Hobbygärtner, gehen gerne zu Fuß und pflegen von Kindesbeinen an einen religiösen Tanz, der dem Tai-Chi ähnelt. Zudem ernähren sie sich vorbildlich. Ihr Essen ist fett- und salzarm, außerdem reich an

Früchten und Gemüse, deren hoher Gehalt an Ballaststoffen und antioxidativen Substanzen vor Krebs, Herzkrankheiten und Schlaganfall schützt.

Und in Okinawa stellt der demografische Wandel, keine Belastung für die Soziale Sicherheit dar, denn die Pflege- und Krankheitskosten sind im Verhältnis zu anderen Industrieländern gering. Auch Ängste diesbezüglich gibt es kaum. Es ist selbstverständlich das alte Menschen, einer kleinen Arbeit nachgehen, und sich und anderen helfen.

Der demografische Wandel, muss also keine Gefahren beinhalten.

Meine Damen und Herren, oft wird in diesem Hause von einer Modell-Region gesprochen, im vergangenen Jahr habe ich im Rahmen einer Interpellation zur Schulernährung auf Möglichkeiten hingewiesen, wie die DG zu einer Genuss- und Modellregion werden könnte. Und ich möchte heute u.a. mit dem eben erwähnten Beispiel eine Parallele ziehen zu den Herausforderungen des demografischen Wandels.

Wobei es gilt eine Prämisse: Jahrzehntelange Fehlernährung und schlechte Lebensgewohnheiten liegen nicht im direkten Verantwortungsbereich der Politik, bzw. der Verantwortlichen in den Regierungen. Und es gilt hier: Jeder ist zuerst einmal selbst für seine Gesundheit verantwortlich, und diese Verantwortung sollte niemand ihm abholen.

„Du bist nicht nur was du bist, sondern du bist auch was du ist.“

Ich denke diesen Spruch kennen Sie. Und am Beispiel von Okinawa erkennen wir, welche Bedeutung dies für die Volksgesundheit und die Kosten der sozialen Sicherheit hat.

Man kann sicherlich diese Kultur, die Ernährung und die Lebensweise dieser Inselgruppe nicht so einfach importieren, und es sind in erster Linie die Bürger selbst welche hier Verantwortung tragen-

Aber die DG kann hier Akzente setzen, Fehlentwicklungen abdämpfen und Empfehlungen aussprechen, insbesondere im Unterricht bieten sich verschiedene Möglichkeiten an.

Und ich möchte hier die Prävention, im Gesundheitsbereich ansprechen. „Vorsorge kommt vor der Sorge.“

Gesundvorsorge ist ein großes Thema, und besteht nicht nur darin, dass man dafür sorgt, dass genügend Hausärzte da sind, oder Krankenhaus Betten – Wobei dies von enormer Wichtigkeit ist und ich den Einsatz hierfür nicht kleinreden möchte. Nur Gesundheitsvorsorge, meine Damen und Herren, fängt im Kindergarten an.

Ich hatte vor einem Jahr, aufgrund einer Äußerung des Unterrichtsministers, diesbezüglich mal nachgefragt, und eine ausführliche Antwort erhalten.

Es handelt sich um die Schriftliche Frage Nr. 89 vom 23. Mai 2012 an Herrn Minister Paasch über gesunde Schulernährung.

Aus der Antwort geht hervor, dass die Aufklärung über gesunde Ernährung Bestandteil des Unterrichtes ist und bereits im Kindergarten anfängt.

Aber trotz Aufklärung stellen ernährungsbedingte Krankheiten heute bei Kindern und Jugendlichen, auch in der DG, ein ernstzunehmendes Problem dar.

Und dies wird enorme Folgen im Alter haben.

Vielleicht sollte die Aufklärung hier vertieft werden, oder andere Herangehensweisen sollten erfolgen.

Denn das Thema Ernährung spielt, was die Alterung und die krankheitsbedingten Nebenerscheinungen angeht, eine wichtige, und ernstzunehmende Rolle.

Ein weiteres ernstzunehmendes Problem, stellen Depressionen im Alter und der Missbrauch von Psychopharmaka in Alten und Pflegeheimen dar.

Hervorgerufen durch Mangel an Zeit, und ungenügendes Pflegepersonal, werden europaweit zu oft, zu viel und zu schnell Psychopharmaka an alte Menschen verabreicht.

Dem Rundfunkjournalisten Bernd Kempker gelang es kürzlich in einer Reportage des Deutschlandfunks, Pfleger, Ärzte und betroffene alte Menschen zum lauten Nachdenken über die gesundheitsschädigenden Praktiken zu bringen. In seiner Reportage zeichnete er ein beeindruckendes Bild vom normalen Ablauf des Alltags in deutschen Altenheimen.

Die dokumentierten Originalaussagen von Mitarbeiterinnen und Psychopharmaka gedämpften alten Menschen regen an, sich kritische Gedanken über die krankmachende chemische Ruhigstellung der Pflegebedürftigen zu machen.

Ob dies in Belgien oder in der DG ein ähnliches Problem darstellt ist uns nicht bekannt. Obwohl Statistiken für Belgien, was die Verschreibung von Psychopharmaka angeht, verdeutlichen einen ähnlichen Trend. Zwischen Mai 2008 und Mai 2009 wurde die vierte nationale Gesundheitsumfrage per Interview durch das Wissenschaftliche Institut für Volksgesundheit in Belgien durchgeführt.

Die Auswertungen der Befragung der DG-Bürgern ergaben dass in einigen Bereichen die Deutschsprachige Gemeinschaft deutlich von landesweit ermittelten Durchschnittswerten abwich. Alkohol- und Tabakkonsum sind laut Erhebung in der

Deutschsprachigen Gemeinschaft besonders hoch. Auch der Gebrauch von Psychopharmaka ist bei uns so stark ausgeprägt, wie sonst nirgendwo in Belgien.

Quelle: [http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-325/1152\\_read-20868/](http://www.dglive.be/desktopdefault.aspx/tabid-325/1152_read-20868/)

Sicherlich auch hier, ist der Bürger selbst zuerst gefragt.

Jedoch stellt dies auch eine Aufforderung an die DG Regierung dar, im Bereich Gesundheitsvorsorge und im Bereich Prävention, aktiver zu werden.

Denn: „Vorsorge kommt bekanntlich vor der Sorge.“

Meine Damen und Herren, was die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen, so hatte die Vivant Fraktion bereits mehrfach in den Haushaltsdebatten der letzten Jahre auf alternative Pflegesysteme hingewiesen. Und es hat uns sehr gefreut, dass einer unsere Impulse mit in diesem Bericht aufgenommen wurde.

Es handelt sich hierbei um das Beispiel der Seniorengenossenschaften. Seniorengenossenschaften gibt es in Baden Württemberg seit mehr als 20 Jahren. Auch in Bayern, Österreich, den USA und Japan gibt es verschiedene Projekte.

Die Idee ist einfach. Ältere Menschen, die dazu in der Lage sind, helfen noch älteren Menschen, die darauf angewiesen sind, im Alltag. Sie putzen, sie gehen einkaufen, sie waschen die Wäsche und sie liefern warme Mahlzeiten.

Die Besonderheit: Sie tun das nicht aus Solidarität allein, sie sorgen mit jeder Stunde Arbeit für ihre eigene Zukunft vor. Denn sie können die Stunden auf einem Zeitkonto ansparen und sie einlösen, sobald sie selbst Hilfe benötigen.

Und Zeit ist eine Währung, der Inflation nichts anhaben kann. Eine Altersvorsorge also ohne Inflationsangst.

Und ich würde diese Gedanken gerne weiter vertiefen, insbesondere was das Ehrenamt in der DG angeht. Zahlreiche Menschen leisten täglich in verschiedensten Einrichtungen wertvolle Dienste an der Allgemeinheit.

Die Frage stellt sich, ob man hier eventuell ein Gesamtsystem einer DG weiten Zeitwährung aufbauen könnte. Vielleicht kann man mal gemeinsam über diese Idee nachdenken, und dem Ehrenamt in der DG, dadurch neue Möglichkeiten geben.

Auch hier besteht die Möglichkeit einer Modellregion.

Es würde mich freuen, wenn auch andere diese Idee aufgreifen und mit uns hierüber diskutieren würden.

Im Bericht des Ausschusses sind Informationen bezüglich der Seniorengenossenschaften vermerkt. Weitere Infos und Auskünfte erteilt gerne die Vivant Fraktion.

Infos: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/seniorengenossenschaft-altersvorsorge-ohne-inflationsangst-12014610.html>

Meine Damen und Herren,

wir sind gespannt auf das seniorenpolitischen Gesamt Konzepts der DG Regierung.

Wir möchten hierzu weiterhin Impulse geben, Ideen, ja manchmal Visionen.

Aber meine Damen und Herren, Politik braucht Visionen.

Und der demografische Wandel ist eine Chance –

Eine Chance auf einen Neubeginn zu einer veränderten, gerechteren

Sozial-Politik hin.

Und eins ist sicher alleine mit neuem Pflegepersonal, mit neuen Altenheimplätzen, oder mit neuen Formen des altersgerechten Wohnens – ist diese Problematik nicht zu lösen.

Alternativen sind gefragt, und tiefgehende Reformen, welche sicherlich nicht nur auf Ebene der DG zu lösen sind.

Trotzdem sollten wir diese ansprechen, und vielleicht Impulse oder Ideen auf regionaler, föderaler oder auf EU Ebene weitergeben.

Meine Damen und Herren, Gesellschaften verändern sich, und nur eins ist konstant, die Veränderung.

Nehmen wir die Veränderung durch den demografischen Wandel nicht nur als Herausforderung, oder als Chance an, sondern als unsere Pflicht für die jetzige und für kommende Generationen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter – Vivant Fraktion im PDG